

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltenen Pettzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabak-Arbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 27.

Sonntag, den 4. Juli.

1909.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

**Zur gest. Beachtung!** Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabak-Arbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 51, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Ein Sieg der schwarzen Reaktion.

Der Regierungsblock, das Erzeugnis der Bülow'schen Machenschaften bei den Reichstagswahlen 1907, ist vollständig zerschmettert. Mit ihm liegen die Trümmer der sogenannten Finanzreform am Boden, aus denen die neue Mehrheit des Zentrums, der Konservativen und Polen, aufnimmt, was ihr beliebt und neue, ebenso volksfeindliche Steuerprojekte hinzufügt, um mindestens 500 Millionen indirekter Steuern aus dem werktätigen Volke herauszuschlagen.

Das rachsüchtige Zentrum, wütend darüber, daß es seit 1907 aus der Regierungsmehrheit ausgeschlossen wurde, ruht nicht eher, bis es den Reichskanzler gestürzt hat, der es verschmähte. Es ist ihm jetzt schon gelungen, denn selbst das Machtwort des Kaisers kann den abgewirtschafteten Bülow nicht lange mehr halten. Und sollte das Zentrum ihn wirklich noch länger auf seinem Posten behalten wollen, dann nur unter völliger Unterwerfung, unter noch demütigeren Bedingungen. Das ist so pfäffische Rache-Art.

Die junkerlich-pfäffisch-polnischen Reaktionen haben auch die zweite Erbschaftsteuervorlage der Regierung zu Falle gebracht, obwohl die Regierung, gedrängt durch diese Reaktionen, die neue Vorlage gegen die frühere verschlechtert und neue Privilegien für die Junker und Agrarier darin stipuliert hatte. Auch das nützte nichts — ohne Sang und Klang, ohne ein Wort dazu zu reden, hat das Zentrum und seine Komplizen die Vorlage in der Finanzkommission niedergestimmt. Nicht besser erging es ihr im Plenum. So haben die Junker und die Pfaffen die einzige direkte Steuer kaputt gemacht.

Das bezeichnendste dabei ist aber, daß die Arbeiterabgeordneten des Zentrums diese einzige direkte Steuer mit niederstimmten, dagegen für neue Verkehrs- und Erwerbssteuern, also indirekte Steuern, stimmten, die von der neuen Mehrheit gewaltsam, unter Bruch der Geschäftsordnung im Plenum des Reichstags wie in der Finanzkommission durchgedrückt wurden. Jetzt fehlt nur noch, daß diese „Arbeitervertreter“ auch noch für die famose Tabak-Wertzollsteuer stimmen, wie sie hauptsächlich unter Mithilfe des Zentrums in der Finanzkommission zustande gekommen ist. — So bewahren sich die christlichen Arbeiterabgeordneten als Handlanger volksfeindlicher Reaktion!

Ob sie die Gelegenheit benutzen werden, dies noch eindringlicher zu beweisen, müssen die nächsten Tage lehren, denn nunmehr soll die „Finanzreform“ mit allen Mitteln schnellstens fertiggestellt werden. Höchst fraglich ist freilich, ob der Reichskanzler Bülow amtlich dies erleben wird. Gelingt ihm die aufs neue versuchte Verständigung mit seinen intimen Feinden nicht, übt das Zentrum keine Gnade, dann muß er endlich wohl oder übel abtreten oder den Reichstag auflösen; aber auch eine völlige Unterwerfung machte ihn auf die Dauer unmöglich.

Die Auflösung des Reichstags wird von der Regierung nicht beliebt, weil sie ebenso wie die neue Mehrheit und die herrschenden Klassen überhaupt eine starke Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate befürchten. Diese Furcht ist die drastischste Widerlegung der großspürigen Redensarten, daß die Sozialdemokratie durch die Hottentottenwahlen 1907 auf lange Zeit sehr geschwächt und lahmgelegt sei. Die Probe aufs Exempel könnte mit Neuwahlen gemacht werden — aber die Furcht hält die großmäuligen Wahlmacher von 1907 ab, die Reichstagsauflösung durchzuführen. Nun, die Abrechnung kommt, ob früher oder etwas später.

Jetzt zeigt sich bei der verfahrenen Situation auch noch deutlicher als vorher, wie töricht es vom Deutschen Tabak-Arbeiter war, das Zugeständnis zu einer Erhöhung der Tabakbesteuerung zu machen. Das geschah damals den Blockliberalen zuliebe, die nun schmählich den Laufpaß erhalten haben von ihren konservativen Blockgenossen. Jetzt mögen wohl beide Teile wünschen, sie hätten klüger gehandelt, aber politische Fehler sind leider nicht rückgängig zu machen.

Die Jaedide und Konferten treiben nun ihrerseits aus egoistischen Gründen Verrat an der Tabakindustrie und Bombardieren den Reichstag mit schauerhaft stilisierten Eingaben, in denen die Banderolesteuer wieder empfohlen wird. Den Arbeitern macht auch dieses Vorgehen klar, daß selbst im Kampfe gegen neue Steuern auf die Unterwerfung der Tabakindustrie kein Verlaß ist. Alle rechnen mit ihren persönlichen Vorteilen, das Wohl der Gesamtindustrie berechnen sie nur danach. Allmählich lernen dies auch nichtsozialdemokratische Arbeiter einsehen. Das Organ der Gewerkschaftler schreibt zum Beispiel:

Der Tabakverein hätte besser daran getan, nach wie vor mit der Arbeiterschaft Schulter an Schulter gegen jede Mehrbelastung unserer Tabakindustrie zu opponieren. Jetzt ist unsere Schlachtreihe durchbrochen und unsere Widerstandskraft geschwächt. Wiederum eine Lehre für die Arbeiter, in ihren eigenen gewerkschaftlichen Organisationen sich fest zusammenzuschließen, selbsttätig auch politischen Einfluß zu gewinnen, und nicht in Gleichgültigkeit auf die Leistung und politische Energie der Zigarrenfabrikanten zu bauen.

Der politische Einfluß der Gewerkschaftler hat freilich keinen Boden bei den Liberalen gefunden, die bekanntlich den Deutschen Tabakverein zu seiner Verräterei veranlaßten. Auch tut es nicht allein der gewerkschaftliche Zusammenschluß, die Arbeiter müssen sich politisch selbständig organisieren, nur dann werden sie politischen Einfluß haben. So lange sie noch bürgerlichen Parteien nachlaufen, sind sie verkauft und verraten.

Den Tabakarbeitern bleibt jetzt nur noch die Hoffnung, daß die „Finanzreform“ überhaupt nicht zustande kommt. In ihrer traurigen Lage müssen sie trotzdem mit jedem Zeitraum zufrieden sein, der neues Unglück von ihnen abrißt. Freilich sind sie dann auch noch dem politischen Zufall resp. den tabaksteuerächtigen Parteien preisgegeben, aber sie gewinnen damit auch neue Zeit zu neuem Kampfe um ihre bedrohte Existenz.

In letzter Minute, wo wir dies schreiben, scheint nach Mitteilungen der konservativen Presse die neue schwarze Mehrheit des Reichstags bereit, die Steuervorlagen noch fertigzustellen. Sie würde auch den Tabakwertzoll annehmen, wenn nicht noch entscheidende Einflüsse auf viele Abgeordnete dies abwendet. Es muß alles versucht werden, die Reaktionen an dem Verbrechen an den Tabakarbeitern zu hindern.

## Ein Protest der Dresdner Tabakarbeiter gegen die Steuerpläne.

Am 17. Juni fand in der Tonhalle eine starkbesuchte Tabak-Arbeiterversammlung statt. Das Referat hatte der Vorsitzende des Verbandes, Reichmann-Bremen, übernommen. Redner schilderte die Entwicklung der Tabakindustrie, die durch fortgesetzte Steuerpläne in ewiger Beunruhigung gehalten und in ihrer Entwicklung gehemmt werde. Am meisten hatten unter diesen ewigen Unruhen die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter zu leiden. So betrug der Durchschnittsverdienst der Tabakarbeiter nach den Angaben der Berufsgenossenschaft im Jahre 1885 ganze 400 Mark. Bis zum Jahre 1907 stieg der Jahresverdienst dann auf 602 Mark. Für den gleichen Zeitraum stieg der allgemeine Durchschnittsverdienst für sämtliche Berufe von 637 Mark auf 1069 Mark pro Jahr. Die Tabakarbeiter vermochten also in 22 Jahren ihren Verdienst nur um 202 Mark zu steigern, während der Durchschnittsverdienst um 432 Mark gesteigert wurde. Daß der Fortschritt bei den Tabakarbeitern geringer war als in andern Berufen, ist zum größten Teil auf das Konto der fortgesetzten steuerlichen Beunruhigung der Tabakindustrie zu setzen. Aber selbst die erzielte geringe Steigerung wird durch das ungeheuerliche Anschwellen der Lebensmittelpreise illusorisch gemacht. So stieg die Belastung aus Steuern und Zöllen von 339 Millionen Mark im Jahre 1885 auf 1069 Millionen Mark im Jahre 1908.

Hierzu kommen noch die den Junkern aus der Zollpolitik zufließenden Millionenverdienste. Diese ungeheuerliche Belastung treibt die Arbeiter mit Gewalt in fortgesetzte Lohnkämpfe hinein, um durch erkämpfte Lohnsteigerungen den Schaden der Tabakindustrie zu wettmachen. Die jetzt geplante neue Einkünftesteuer, die durch die Einkommensteuern den Schaden der Tabakindustrie noch weiter vergrößern wird, ist ein weiterer Beweis für diese Behauptung.

Die Zigarettenarbeiter haben die Wirkung der letzten Besteuerung sehr zu spüren bekommen. Nicht um Arbeitslosigkeit zu schaffen, sondern um die Löhne zu drücken, gingen die jächlichen Großfabrikanten mit ihren Filialfabriken auf die entlegensten Dörfer hinaus. Schon heute wird dabei der größte Teil der billigeren Zigaretten mit Maschinen hergestellt, und eine neue Belastung würde die Veranlassung geben, auch die besseren Sorten auf der Maschine herzustellen und die Handarbeit ganz zu verdrängen.

Im Kampfe gegen die Tabakbesteuerung hat sich nun der eigentümliche Vorgang gezeigt, daß im Augenblick höchster Gefahr die Tabakfabrikanten umgefallen sind und sich selbst zur Tragung neuer Lasten bereit erklärten. Zuerst sprach sich der Großfabrikant Schmidt-Altenburg in der Kommissionsberatung für eine neue Belastung von 30 Millionen Mark aus. Der Ausschuß des Tabakvereins sprach sich ebenfalls auf einer Tagung in Berlin dahin aus, der Regierung einen Mehrertrag von 40 Millionen Mark anzubieten. Der Antrag Weber-Kommission sollte diese Pläne verwirklichen. Aus allen Kreisen der Tabakinteressenten wurde diese Handlungsweise scharf verurteilt und als Verräterei gebrandmarkt. Durch diesen Verrat der Fabrikanten haben diejenigen bürgerlichen Abgeordneten, die sich schon verpflichtet hatten, gegen jede Tabaksteuererhöhung zu stimmen, die besten Entschuldigungsgründe für einen Umfall erhalten.

Der Beschluß der Finanzkommission, einen Wertzuschlag von 40 Prozent zu erheben, bedeutet schließlich das schlechteste von allen nur möglichen Tabaksteuergesetzen. Dieser Beschluß öffnet Betrügereien aller Art Tür und Tor und bedeutet eine fortgesetzte Beunruhigung der gesamten Industrie. Die Kleinfabrikanten, die durch den Erwerb des Rohmaterials aus dritter und vierter Hand heute schon erhebliche höhere Tabakpreise zahlen als die wenigen Großfabrikanten, werden dadurch zum Vorteil der großen abgewürgt. Die Zigarrenindustrie ist jetzt noch ein Vererbe des Mittelstandes, da ihr nach dem Ausweis der Berufsgenossenschaft für 1908 angehören:

84 Betriebe mit ca. 163 Arbeitern u. mehr mit jährl. Lohn von mehr als 100000 Mk.
276 " " " 120 " mit jährl. Lohn v. 50—100000 Mk.
1968 " " " 50 " " " " " 10—50000 "
837 " " " 12 " " " " " 5—10000 "
2848 " " " 5 " " " " " bis 5000 "

6013 Betriebe z. nachgewies. Durchschnittslohn v. 614 Mk. pro Jahr.

Davon sind nur zirka 40 Betriebe mit über 500 Arbeitern. Unter den Großfabrikanten finden sich einige wenige, denen durch ein solches Gesetz geradezu ein Monopol geschaffen würde. So beschäftigt eine einzige Bremer Firma in einer großen Anzahl Betrieben, die über das ganze Reich verstreut sind, zirka 7000 Arbeiter. Der Widerspruch gegen das Rohabwertzuschlagsgesetz hat einen neuen Vorschlag, den Antrag Feist, Jedide und Genossen, genehmigt. Herr Jedide, der Unterzeichner des Antrags, nennt sich einen unbedingten Gegner jeder Tabaksteuererhöhung. Sein Vorgehen motiviert er damit, daß auf eine Ablehnung der Tabaksteuer nicht mehr zu hoffen sei. Es handle sich also vor allem darum, den schwersten Schaden zu verhindern. Der Jedidische Steuervorschlag näherte sich am meisten der Regierungsvorlage, nur mit dem Unterschied, daß ihr hier die gefährlichsten Giftzähne ansagebrochen seien. Für die Arbeiter lautet aber die Frage ganz anders. Sie wüßten, daß jede Form einer Höherbesteuerung schädlich für sie sei, und da könne es sich deshalb für sie nicht um die Frage handeln, ob sie lieber gehockt oder gebraten würden, sondern darum, wie können wir verhindern, daß die Folgen einer Höherbelastung auf die Arbeiter abgewälzt würden. An eine Entschädigung der arbeitslos werdenden, wie sie Herr Jedide verlangt, sei bei der Zusammenfassung des Reichstages nicht zu denken. Für die Arbeiter gilt es, allein auf die eigene Kraft zu vertrauen und durch eine gute Organisation dafür zu sorgen, daß jeder Lohndruck verhindert wird. Wenn uns die Unternehmer auf die steigenden Steuerlasten hinweisen, so müssen wir ihnen sagen: ihr seid den Arbeitern bei ihrem Kampfe gegen die Höherbesteuerung in den Rücken gefallen. Wenn ihr höhere Lasten zu tragen bereit wäret, so zahlt sie nun aus der eigenen Tasche. Für uns gilt es nach wie vor, energisch den Kampf für eine Besserstellung der Tabakarbeiter zu führen. Der beste Protest im gegenwärtigen Augenblick ist die Agitation für eine machtvolle Organisation. In der Debatte wurde von allen Seiten das Vorgehen der Fabrikanten scharf verurteilt und besonders der Beschluß der Tabakvereinsleute als eine vom traffen Egoismus diktierte Politik der Sonderinteressen gekennzeichnet. Mit einem Aufruf zu unermüdlicher Agitationsarbeit schloß Kollege Schmidt die stark besuchte Versammlung.

## Rundschau.

Eine neue Steuer für die Armen. Einen Liebesdienst für die Agrarier und zugleich ein geradezu ungeheuerliches Beispiel sozialer Ungerechtigkeit stellt ein Erlass der Regierung zu Stettin dar, der unterm 17. Juni d. J. ergangen ist, und durch den die Gebühr für die sogenannten Beerenzettel, d. h. die Erlaubnisbescheine zum Beeren sammeln, von 5 Pfg. auf 3 Mk. pro Stück erhöht wird (für Kinder unter 12 Jahren auf 1.50 Mk. pro Zettel). Außerdem ist eine Festgebühr von 5 Pfg. für jeden Zettel zu entrichten. Vor einigen Jahren hat der Minister einmal im Landtage erklärt, daß aus dem Beeren sammeln der armen und ärmsten Leute, der Greise, Frauen und Kinder, eine Einnahme für den Fiskus nicht erzielt werden solle, sondern daß die Scheine nur zur Kontrolle ausgegeben werden sollen und die 5 Pfg. nur eine Schreibgebühr darstellten. Die jetzige plötzliche und exorbitante Erhöhung dieser „Schreibgebühr“ — und sie hat nicht nur im Regierungsbezirk Stettin stattgefunden, kann nur zwei Gründe haben. Entweder ist sie auf das Betreiben der Herren Oberförster zurückzuführen, die die „Ruhe des Wildes“ nicht gestört haben wollen, desselben Wildes, das sich auf den Aedern der Büdner, Köstler und Arbeiter ernährt, und das die Oberförster nach dem Abschluß zu dem billigen Tagelohn übernehmen und zum mehr als doppelten Preise verkaufen. Oder aber, und das halten wir für wahrscheinlicher, die Herren Agrarier wünschen, daß die Frauen und Kinder in den paar Wochen, in denen sie vielleicht Beeren sammeln, lieber für billiges Geld bei ihnen Feldarbeit leisten, und die Regierung hat ihren Wünschen, wie gewöhnlich, das weiteste Entgegenkommen gezeigt.

Sozialpolitische Reaktion in der Schweiz. Am Sonntag findet im Kanton Bern über die von skrupellosen Krämmern und Konferten bei der Regierung und dem



Großen Rat durchgeführte Verschlechterung des kaum ein Jahr bestehenden Arbeiterinnenschutzgesetzes die Volksabstimmung statt. Die Verschlechterung besteht in der Aufhebung des Acht-Uhr-Verbotsschlusses für die Fremdenindustrieorte, die vielmehr bis 10 1/2 Uhr nachts die Läden während vier Monate des Jahres (also während der ganzen Saison) offen behalten dürfen. Dementsprechend wird die im Gesetz bestimmte Nachtruhe von zehn auf neun Stunden reduziert, in Wirklichkeit werden auch diese neun Stunden nur auf dem Papier stehen. — Die Berner Tagewacht führt mit großer Energie den Kampf gegen das schändliche Attentat auf das bühnen Arbeiterinnenschutz unter der Parole „Landeshände“, und die sozialdemokratische Partei hat durch zahlreiche Versammlungen im ganzen Kanton eine außerordentlich intensive Agitation zur Klärung der Massen betrieben. Die bürgerlichen Parteien aber empfehlen mit aller Schamlosigkeit den Stimmberechtigten die Annahme der Verschlechterung.

**Die christlichen „Arbeitervertreter“ und der Kaffeezoll.** Bekanntlich haben die christlichen „Arbeitervertreter“ der Zentrumsfraktion samt und sonders gegen die Erbschaftsteuer gestimmt, auch der Abg. Giesberts, der kürzlich noch lebhaft für die Erbschaftsteuer gesprochen hatte, dessen Blatt bis vor kurzem für diese Steuer gekämpft hatte. Als am folgenden Tage die Erhöhung des Kaffeezolls zur Beratung stand, sprach niemand von den Herren, die am Tage vorher gegen eine geringe Belastung der Reichen gestimmt, ein Wort gegen diesen neuen Raub an den arbeitenden Klassen. Und als es zur Abstimmung kam, hatten sie kein kräftiges Nein mehr, wie am Tage vorher, sondern diese sogenannten Arbeitervertreter — Schiffer, Wiedeberg, Veker (Arnsberg), Schirmer — kniften feige aus und enthielten sich der Abstimmung. Nur Giesberts hatte den Mut, der Zentrumsparole zu folgen und für die Erhöhung des Kaffeezolls zu stimmen. Diese Abstimmung zeigt, daß — sobald das Zentrumsinteresse mit dem Arbeiterinteresse kollidiert, die Gewerkschaftsführer in der Zentrumsfraktion regelmäßig die Arbeiterinteressen verraten. Was das in diesem Falle heißt, erkennt man erst, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Abgg. Giesberts, Schiffer und Wiedeberg in Bergarbeiterbezirken gewählt sind, und die Bergleute unter Tage der in der Grube herrschenden Hitze wegen viel Kaffee trinken müssen, den sie sich in Blechkannen mit hinunternehmen. Diese Abstimmung Giesberts für die Erhöhung des Kaffeezolls und die feige Stimmenthaltung der übrigen ist niederrückwürdiger Verrat an den Bergarbeitern. Uebrigens sind die christlichen „Arbeitervertreter“ von der evangelischen Konfession natürlich nicht besser. Auch der christlich-soziale Behrens, der Generalsekretär des Gewerksvereins der christlichen Bergarbeiter, drückte sich von der Abstimmung über den Kaffeezoll.

## Konferenz des 12. Gaues (Schlesien und Posen).

Am 20. Juni tagte im Gewerkschaftshaus zu Breslau die zweite Gaukonferenz der schlesischen und Posener Tabakarbeiter. Vertreten waren aus Schlesien 24 Zahlstellen durch 29 männliche und 1 weibliche Delegierte, Posen durch 8 Delegierte aus 7 Orten. Das Bureau wurde aus den Kollegen Langner-Oslaw als Vorsitzenden, Engler-Görlitz und Töpler-Daynau als Schriftführer gebildet. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Tarifverträge und Minimallohn referierte Kollege Deichmann. Er führte aus, daß wohl kein Gewerbe so unter den fortgesetzten Beunruhigungen einer steuermüden Regierung zu leiden habe, wie gerade die Tabakindustrie. Durch die fortgesetzten Steuerbeunruhigungen ist die Lage der Tabakarbeiter eine so tiefertraurige geworden, daß sie, wie die Lohnstatistik der Unfallberufsgenossenschaften nachweist, zu den schlechtest entlohnten Arbeitern Deutschlands gehören. Erst im Jahre 1906 habe die eingetragene Mutlosigkeit einem kräftigen Vorwärtsschreiten Platz gemacht. In diesem und den folgenden Jahren haben sich über 40 000 Tabakarbeiter in Lohnkämpfen befunden, die wohl eine kleine Erhöhung der Verdienstsomme erzielt haben, aber keineswegs in Stande waren, die durch die Zollgesetzgebung dem Volke aufgebürdeten gewaltigen Ausgaben zu decken, so daß trotz Lohn-erhöhung eine weitere Verschlechterung der Lage eingetreten sei. Es gelte nun, den bisherigen Kampfmethoden neue hinzuzufügen und zwar die Mithilfe der Arbeiterkraft als Konsument der Tabakfabrikate für die Tabakarbeiter zu benutzen, da die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands ein lebhaftes Interesse daran habe, daß nicht eine ihrer Gruppen in ihrer Lebenshaltung soweit zurückbleibt. In der politischen und gewerkschaftlichen, besonders aber in der genossenschaftlichen Bewegung der Klassenbewußten Arbeiterschaft müssen die Tabakarbeiter ihren Mann stehen, um die Organisationen zu benutzen, damit diesen erbärmlichen Löhnen endlich einmal ein Ende gemacht wird. Um nun eine Grundlage für ein einheitliches Vorgehen zu erzielen, mache es sich notwendig, mit den Firmen, die den Forderungen der Arbeiterschaft entgegenkommen, ein Tarifverhältnis einzugehen, in dem gewisse Mindestlohnsätze festzulegen seien. Dieser Tarifvertrag, dessen einzelne Bestimmungen der Referent eingehend erläuterte, muß benutzt werden, um die Arbeiterschaft darauf hinzuweisen, daß sie nur bei den bekannt zu gebenden Firmen, welche Tarifverträge abgeschlossen haben, ihre Einkäufe besorgen dürfe. Um aber dieses Ziel zu erreichen, müsse nun eine intensive Agitations- und Organisationsarbeit speziell in Schlesien entfaltet werden, um auch die gleichgültigsten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen; gleichzeitig aber sei die vollzählige Mitarbeit der Kollegen an der Stärkung der politischen und genossenschaftlichen Organisation eine heilige Pflicht. Arbeite man in diesem Sinne, dann sei auch die Zeit nicht fern, wo auch die Tabakarbeiter ein Plätzchen an der Sonne erhielten.

Zu diesem Punkte lagen Anträge aus Birnbaum, Schwerin und Nieder-Salzbrunn vor, die die Festsetzung von Minimallöhnen behandelten. Gauleiter Clement bemerkte dazu, daß darauf hingewirkt werden würde, daß die von den betreffenden Orten geforderten Lohnsätze auch verwirklicht werden sollen.

Töpler-Daynau weist auf die Schwierigkeiten hin, die die Tarifverhältnisse in Schlesien verursachen. Großbetriebe mit schlecht organisierten Arbeitern seien ein Hemmschuh. Immerhin müsse alles daran gesetzt werden, die Arbeiter für die Organisation zu gewinnen, um endlich auch in Schlesien einmal zu menschenwürdigen Lohnverhältnissen zu kommen. Leider seien es auch Konsumvereine, die geradezu Schundpreise für Zigarren bezahlten, bei welchen ein anständiger Arbeitslohn gar nicht gezahlt werden könne.

Loje-Nieder-Salzbrunn berichtet über die Verhältnisse im Walfenburger Industriegebiet, wo noch ein Kollerlohn von 4.50—4.75 Mark gezahlt würde, dessen Erhöhung unbedingt notwendig sei.

Clement-Breslau: Eine ganze Reihe von Konsumvereinen wolle erst die Erledigung der Tabaksteuer abwarten, ehe sie zum Tarif Stellung nehmen wollen. Tatsache sei es aber, daß gerade ein Teil der kleineren Fabrikanten, die sich sonst immer als Parteigenossen aufstellten, die erbärmlichsten Löhne

zahlen und die rückständigsten Einrichtungen besäßen. Viel Schuld liegt hier freilich bei den Kollegen selbst, die vielfach nicht die nötige Energie besitzen, um in Lohnbewegungen einzutreten.

Riese-Wetter-Trebnitz verurteilt die Heimarbeit, die ein Krebsgeschwür unseres Gewerbes sei und berichtet dann über die Verhältnisse in den Betrieben seiner Zahlstelle.

Liesch-Brieg meint, trotz guten Organisationsverhältnissen am Orte würde es doch zu Schwierigkeiten bei Einführung des Tarifs kommen. Um diese zu vermindern, empfiehlt er die Einführung einer Schutzmarke.

Sahn-Rangenbielau spricht sich gegen den zutage getretenen Pessimismus aus. Man müsse doch auf die Zukunft Bedacht nehmen, und er bekaure daher, daß die Debatte mit Zweifeln einsehe.

Lauf-Rawitsch: Die größeren Unternehmer kaufen meistens das schlechteste Material, während der kleine Fabrikant vielfach noch besseres Material verarbeiten ließe, so daß die Arbeiter der Großbetriebe trotz höherer Löhne weniger verdienen, als die der Kleinbetriebe. Die Schutzmarke sei ein gutes Mittel.

Müller-Strehlen erklärt sich als Unternehmer für die Einführung des Lohntarifs, tadelt aber, daß man die Sortierer und Ristenbekleber nicht in den Tarif mit einbezogen habe. Die Schutzmarke sei unpraktisch, da sie leicht umgangen werden könnte. Der Boykott sei auch bei größeren Firmen ein gutes Kampfmittel.

Verner-Viegnitz hält den Tarif für unbedingt notwendig. Die Rücksichtnahme auf die Kleinfabrikanten sei unnötig, da sie sich auch nicht scheuten, vielfach die erbärmlichsten Löhne zu zahlen.

Schnabel-Schönlank spricht sich für den Tarif aus, dessen Erfolge in einigen Jahren zutage treten würden.

Pagner-Brieg: Die Lage der schlesischen Tabakarbeiter sei manchmal sehr rosig geschildert worden. Man müsse aber bedenken, daß jede Lohnbewegung durch schlechtes Material zu nichte gemacht worden sei. Auch die Tarifbewegung würde große Opfer kosten.

Engler-Görlitz: Auch in Görlitz sei es schwer, den Tarif durchzuführen, da viele Filialfabriken mit unorganisierten Arbeitern in Frage kämen, wo noch die schlechtesten Verhältnisse herrschten. So zahle eine Firma in Dederitz Prämien für die Arbeiter, die viel Zigarren fertigten. Trotz alledem müsse alles daran gesetzt werden, den Tarifvertrag einzuführen.

Langner-Oslaw weist auf das ungünstige Organisationsverhältnis in den Posener Betrieben hin, das einem Tarifabschlusse hindernd im Wege stehe. Es sei traurig, daß die Gewerkschaftsmitglieder den Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses so wenig respektieren und ihre im Tabakgewerbe beschäftigten Frauen nicht der Organisation zuführen.

Liesch-Brieg bekräftigt nochmals die Einführung der Schutzmarke.

Gertch-Posen: Der Aufklärung der Posener Tabakarbeiter setze die nationale Verheugung ein fast unübersteigbares Hindernis entgegen, so daß die Organisationsarbeit gerade in Posen sehr schwer sei.

Deichmann geht in seinem Schlußwort an der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials und des Lohntarifs alle in der Debatte zutage getretenen Anregungen und Bedenken durch. Die Ansicht, daß es schwer sei, in die Großindustrie einzudringen, sei falsch, wie die letzten Lohnbewegungen in Westfalen, wo nur Großbetriebe mit Filialfabriken in Frage gekommen wären, bewiesen hätten. Die Bekämpfung der Heimarbeit müsse auf politischem Gebiete erfolgen, auf welchem die Kollegen im Sinne unserer Forderungen tätig sein müßten. Wenn auf Seiten im Tarifvertrags hingewiesen sei, so müsse doch bedacht werden, daß ein Entwurf für das ganze Land nicht jeder örtlichen Einrichtung Rechnung tragen könne, sondern gerade für die örtlichen Eigenheiten einen gewissen Spielraum lassen müsse. So müsse auch die Verbringungsfrage örtlich geregelt werden und zwar dadurch, daß man nicht für eine Begrenzung der Verbringungsanzahl im Sinne des Buchdruckertarifs einträte, sondern der Ausbeutung der Verlinge durch schlechte Löhne usw. entgegenträte. Auch können bei den örtlichen Tarifabschlüssen die Sortierer und Ristenbekleber mit einbezogen werden. Wo unsere Mitglieder aus diesen Branchen in Betracht kämen, müsse es sogar geschehen. Für die Aufstellung eines Reichsttarifs für diese Branchen sei aber der Sortiererverband zuständig, mit dem der Verband nicht in Streitigkeiten geraten wolle. Der empfohlenen Schutzmarke haften viele Mängel an. Hauptsächlich aber habe die Tatsache zur Aufhebung derselben geführt, daß die Unternehmer doch nicht nur auf Arbeiterkundschaft angewiesen seien, sondern auch auf die Kundschaft anderer Klassen, die an der Schutzmarke Anstoß nehmen. Statt dessen empfehle es sich, alle tariftreuen Firmen im Jahrbuch des Verbands einzeln aufzuführen und daselbe allen Konsumvereinen zuzustellen. Im übrigen können die Kollegen ruhig den kommenden Kämpfen entgegensehen. Finanziell gerüstet, schlagfertiger denn je steht der Verband da. Organisieren und agitieren wir nun, um wieder einen Schritt nach vorwärts zu kommen!

Der Tarifentwurf gelangte einstimmig zu Annahme.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Arbeitsnachweis, Agitation und Anträge, liegt ein Antrag Schwerin vor, für Posen eine Agitationskommission einzusetzen. Ferner beantragt Birnbaum: Die Agitation ist von den Zahlstellen gegenseitig zu betreiben.

Clement-Breslau referiert zu diesem Punkte, weist auf die Schwierigkeiten der Agitation hin und streift dabei das Verhalten der polnischen Reichstagsfraktion gegen die Tabakarbeiter, sowie das Vorgehen der katholischen Facharbeiter in Schlesien. Er bespricht eingehend die Einrichtungen, die zu einer Behebung der Agitation angewandt werden müssen. Auch der Arbeitsnachweis bedürfe eines weiteren Ausbaues. Der Antrag Schwerin sei gut gemeint, aber nicht durchführbar, da agitatorisch befähigte polnische Kollegen nicht vorhanden seien.

Gertch-Posen bespricht die Posener Verhältnisse, wo von 2000 Tabakarbeitern nur einige wenige organisiert seien.

Verner-Viegnitz, Langner-Oslaw, Hornig-Sprottau, Schnabel-Schönlank und Sahn-Rangenbielau sprechen über Mängel bei der Arbeitsvermittlung.

Müller-Strehlen bittet um auswärtige Hilfskräfte zur Hausagitation.

Deichmann behandelt an der Hand des Regulativs die eingegangenen Beschwerden über den Arbeitsnachweis und gie gleichzeitig die Anregungen betreffs Agitation durch. Der Antrag Schwerin sei undurchführbar, wohl aber wolle der Vorstand der nächsten Generalversammlung einen Antrag unterbreiten, eine andre Gaueinteilung vorzunehmen, damit für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und einen Teil von Posen eine Kraft zur Verfügung gestellt werden könne. Er fordert zum Schluß zu reger Agitationsarbeit auf.

Clement schließt sich in seinem Schlußwort dem an. Die Anträge werden der Gauleitung überwiesen.

Zum 3. Punkt: Verschiedenes, beantragt Oslaw, die Gaukonferenzen auch in andern Orten als in Breslau abzuhalten. Der Antrag wird abgelehnt.

Verner-Viegnitz fragt wegen Herstellung von Lokalmarken an, und bittet in Erwägung zu ziehen, ob nicht wie in andern Organisationen, ein bestimmter Prozentsatz für verkaufte Marken am Orte für örtliche Zwecke belassen werden könnte.

Clement empfiehlt, diese Anregung der Generalversammlung zu überweisen.

Deichmann bemerkt dazu, daß der Vorstand ja die Markenprozentage erhöht habe, um den Zahlstellen die Möglichkeit zu geben, ihren örtlichen Verpflichtungen nachzukommen. Die Bestimmung über diese Gelder müsse selbstverständlich den Zahlstellen verbleiben. Den Zahlstellen verblieben somit 12—13

Prozent der Einnahme, nicht bloß zu Verwaltungszwecken, wie vielfach angenommen würde.

Mit einem Hoch auf den Verband schloß sodann die Gaukonferenz.

## Berichte.

**Dresden.** In Nr. 20 des Tabakarbeiters ist ein Bericht von Bischofswerda enthalten, welcher allgemein gegen die Sortierer von Bischofswerda solche Vorwürfe enthielt, daß sich der Ausschuß des Verbands der Zigarrensortierer veranlaßt sah, die dabei beteiligten Kollegen zu einer Aussprache zu laden, um festzustellen, ob die erhobenen Vorwürfe richtig sind. Zunächst möchte ich bemerken, daß wir sofort, wie es selbstverständlich ist, als die Tabakarbeiter beschloffen, in den Streik einzutreten, unsere Kollegen veranlaßten, sich solidarisch zu erklären. Dasselbe ist auch geschehen und arbeiten dieselben jetzt auswärts von Bischofswerda. Leider muß ja zu unserm Bedauern beständig werden, daß die Frau Berner einmal 2 Tage und dann nochmals 1/2 Tag gearbeitet hat auf Veranlassung ihres Mannes. Wie gesagt, wir bedauern das, haben davon aber keine Kenntnis gehabt, sonst wäre der betr. Kollege schon eher zur Verantwortung gezogen worden. Zur Erledigung dieser ganzen Sache war unser Kollege Schwinger beauftragt worden. Derselbe ist auch in einer Versammlung anwesend gewesen, nachdem die Frau Berner gearbeitet hatte, es ist ihm aber auch nicht das geringste unterbreitet worden, damit diese Sache hätte gleich untersucht werden können. Man sollte doch meinen, daß die Tabakarbeiter wissen würden, an wen sie sich wenden können, und ist es zu bedauern, daß eine daran beteiligte Organisation von solchen Vorkommnissen erst durch öffentliche Berichte erfährt. Anlässlich der Konferenz in Dresden versuchte auch Kollege Schwinger, vom Kollegen Meisch-Bischofswerda Auskunft zu erhalten über die Vorkommnisse, derselbe konnte ihm mit genauen Angaben auch nicht dienen. Auf die Ausnahme der Frau Berner in den Sortiererverband will ich hier nicht weiter eingehen, da es zwecklos erscheint, da doch nicht der betreffende Artikelschreiber darüber entscheidet, ob dieselbe zu Recht oder zu Unrecht aufgenommen wurde. Auch betreffs der Unterstützung ist zu bemerken, daß dieselbe keine Unterstützung erhalten hat, als sie arbeitete. Wenn weiter gesagt wird, daß die Sortierer überhaupt durch Ausbreitung falscher Gerüchte einen Keil in die Streikenden zu treiben suchten, so weisen unsere Kollegen diese Unterföschung entschieden zurück. Ich will den Raum der Zeitung nicht so sehr beanspruchen, und deshalb nicht die Ansicht unserer Kollegen zur Kenntnis bringen, was sie denken, was man ihnen in die Schuhe schieben will. Es würde das jedenfalls zu weit führen und hätte auch keinen Zweck. Das eine möchte ich aber noch betonen, daß, wenn sich organisierte Kollegen vom Militärverein kommandieren ließen zur Streikarbeit, dann selbstverständlich in unsern Reihen kein Platz mehr für sie ist. Wir glauben nicht, daß ein derartiger Fall eintreten wird.

Ich will diese kurze Erklärung zu dieser Angelegenheit schließen mit dem Wunsch, daß man eben bei solchen Kämpfen mehr Föhlung miteinander zu halten suchen müßte, dann würde sich manche Schreierei in der Zeitung erübrigen. Wir haben deshalb als Ausschuß gleich die Sache erledigt, da wir hier in nächster Nähe diese Angelegenheit regeln konnten, ohne den Vorstand erst damit zu behelligen.

B. A.: Max Bernhard.

**Erfurt.** Kollege Wiesen wies in der Versammlung am 19. Juni auf die Tarifbestimmungen hin, welche vom Vorstand ausgearbeitet sind und den Kollegen vorliegen, um ihre Wünsche und Verbesserungsansprüche vorzubringen, und dann den zu wählenden Delegierten zur Gaukonferenz zu beauftragen, dieselben dort zu empfehlen. Im allgemeinen wurde der Entwurf gutgeheißen, bis auf einige Punkte betr. des Arbeitsnachweises. Kollege Blankenburg wurde als Delegierter gewählt. Den Bericht vom Kartell erstattet Kollege Blankenburg. Dann wurde das Verhalten der Firma Wächter u. Knapp und deren Meister einer Beipröfung unterzogen. Bei der letzten Lohnbewegung bewilligten auch scheinbar freiwillig die Herren Inhaber 50 Pfg. Zuschlag auf einige Sorten, den Minimallohn von 9.50 Mk. und freie Zurichtung. Wie sieht es aber jetzt aus? Die Herren haben, wir sagen auf Veranlassung des Meisters, nicht nur die 50 Pfg. wieder abgezogen, sondern haben auch weibliche Koller eingestellt, welche sie weit unter dem Minimallohn bezahlen. Sie haben ferner Sorten, für die es früher 10—13 Mk. mit Widel gab, für den Minimallohn, wie sich der Meister höhnisch ausdrückt, von den Arbeitern anfertigen lassen. So hält die Firma ihr Wort den Arbeitern gegenüber. Ein Schreiben, welches wir an die Firma richteten und in dem wir sie an ihr Versprechen erinnerten mit der Bitte, die ihm widersprechenden Sachen abzustellen, wurde nicht einmal beantwortet, obgleich wir auch eine Freimarke beigefügt hatten! Ja, wenn doch die Arbeiter aus der Handlungsweise des Meisters sowie der Firma die richtige Lehre ziehen wollten, um einig und geschlossen derselben gegenüberzustehen. Das müßten die Arbeiter der Firma längst begriffen haben und solche Dinge für Erfurt längst unmöglich gemacht sein. Also, Kollegen, speziell dieser Firma, werft eure Halbheit und Pauthet von euch, zeigt, daß ihr Menschen sein wollt und das Recht habt, als solche zu leben, so gut wie eure Fabrikanten. Zeigt diesen, daß unsere Verhältnisse eines jeden Menschen unwürdig sind und drängt nach deren Verbesserung; zeigt, daß der Verband eine Macht ist, mit der die Herren und Meister zu rechnen haben. Also, Kollegen, Einigkeit macht stark. Lebt euer Organ, den Tabak-Arbeiter, der klärt euch auf; kommt in die Versammlungen und organisiert euch, tretet in den Verband, denn nur dadurch, daß ihr eine geschlossene Macht bildet dem Kapital gegenüber, könnt ihr den Ausbeutern Verbesserungen abringen! Zum Schluß berichtete Kollege Wiesen über die Verhandlungen und das Verhalten der Zigarettenfabrik Dixi. Das letztere wurde einer eingehenden Kritik unterzogen und Eltern und Vormünder gewarnt, auf ähnliche Inserate wie das folgende:

## 10—12 jg. Mädchen

werden als lernende Zigarettenarbeiterinnen gesucht. Wochenlohn nach sechs-wöchentl. Lehrzeit 15 Mk. Dasselbst wird auch ein junger Mensch, möglichst Buchbinder, zum Packen usw. angenommen. Zigarettenfabrik Dixi, Löberstraße 25/27.

hineinzufallen und ermahnt, ihre Mädchen nicht ins Elend zu stürzen.

**Münden (Hannover).** Am 27. Juni fand in Münden die diesjährige Gaukonferenz für den 4. Gau statt. Vertreten waren 26 Delegierte. Gauleiter Schmidt-Nordhausen begrüßte im Namen der Mündener Kollegen die erschienenen Delegierten. Nachdem der Arbeitergesangverein zwei Nieder vorgetragen hatte, erfolgte die Bureauwahl. Gewählt wurden: als 1. Vorsitzender Hufung-Nordhausen, als 2. Vorsitzender Arnold-Bovenden, als Schriftführer Broesche-Mühlhausen. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Zum 1. Punkt erhielt Kollege Niedermann-Bremen das Wort zum Landes-Minimaltarif. Redner führte aus, die Konsumenten würden durch die Abschließung von Tarifverträgen gar nicht betroffen. Die Tabakarbeiter Deutschlands müßten zu dem Angriffskampf übergehen, um den Fabrikanten zu zeigen, daß sie nicht gewillt seien, sich eine neue Lohnrückerei gefallen zu lassen. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf wurde der Landes-Minimaltarif mit der Aenderung, daß der Minimallohn nicht 7.70 Mark, sondern 9 Mark betragen soll, sowie das Regulativ zur Errichtung von Arbeitsnachweisen mit dem Sitz in Nordhausen, einstimmig an-



genommen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Lufung, Christiansen, Kock, Digeler, Jörn, Sauer, Steinede, Schmidt, Wohlfarth, Kolberg, Große und Broesche.

Zum 2. Punkt: Agitation, referierte Schmidt-Nordhausen; er betonte, daß die Agitation auf dem Eichsfeld eine recht schwere sei, und ersuchte die Kollegen, ihm bei dieser Arbeit mit zur Seite zu stehen.

Die Kollegen Lufung und Broesche sprachen in scharfen Worten über die Verhältnisse und deren Ursachen, die Schuld daran sind, daß die Tabakarbeiter auf dem Eichsfeld so schlecht organisiert sind. Nachdem noch der Vorsitzende die Delegierten ermahnt hatte, mit zu arbeiten, damit die Arbeit der Gaukonferenz für alle eine segensreiche sei, und daß sich unsere Organisation immer kräftiger entwickeln möge, schloß er mit einem dreimaligen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband die Gaukonferenz.

Dhlan. Am 10. Juni fand in der Restauration von Herrn Kolpert eine Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Gaukonferenz in Breslau; 2. Wahl von drei Kartelldelegierten; 3. Verschiedenes. Zur Gaukonferenz wurden Kollege Langner und Kollegin Vogel, ins Kartell Kollege Emanuel Langner und die Kolleginnen Emma Kraska und Luise Schmidt gewählt. Im Verschiedenen sprachen die Kollegen Klippf, Bränich und Langner über den Konsumverein. Zum Schluß machte Kollege Langner die Mitglieder aufmerksam auf die Protestversammlung, die am 27. d. M. stattfindet.

Dsnabrück. Am 13. Juni fand im Saale des Arbeiterbildungsvereins eine öffentliche Protestversammlung gegen die Beschlüsse der Finanzkommission des deutschen Reichstages in der Frage der Tabaksteuer statt, zu welcher sämtliche Tabakinteressenten geladen waren. Bei Eröffnung der Versammlung teilte Fabrikant Wessel mit, daß die Herren Reichstagsabgeordneten Dr. Witter (Zentrum) und Wachhorst de Wente (nationalliberal) zu der Versammlung schriftlich eingeladen, jedoch nicht erschienen seien. Ersterer habe sich durch ein Schreiben entschuldigt, da derselbe sich jedoch bereits früher in einer öffentlichen Protestversammlung als strikter Gegner jeder weiteren Besteuerung des Tabaks erklärt habe, so könne man in dieser Beziehung beruhigt sein. Herr Wachhorst de Wente hielt es nicht für nötig, sein Fernbleiben zu entschuldigen. Redner kritisiert dann die vom Zentrum in der Finanzkommission eingebrachte Rohstoffabwertsteuer, und deren Annahme durch die Kommissionsmitglieder sämtlicher Parteien, mit Ausnahme eines Teiles der Freisinnigen und aller Sozialdemokraten. Werde dieser Beschluß Gesetz, so gehe die Tabakindustrie ihrem Untergang entgegen, da die neue Steuer ebenso schlimm wie die abgelehnte Banderolesteuer wirke und die Brotlosmachung von mindestens 20 000 Tabakararbeitern sowie die Vernichtung der Kleinfabrikation zur Folge haben würde. Der Tabakverein habe der Kommission die Gewichtssteuer als das kleinere Übel empfohlen, jedoch habe dieselbe bedauerlicherweise keine Notiz davon genommen. Abdann verliest Redner verschiedene Artikel der Süddeutschen Tabakzeitung, in welchen ebenfalls die Gewichtssteuer als ausgleichend wirkend und einzig annehmbar empfohlen wird. Vor allem müsse gegen die Rohstoffabwertsteuer protestiert werden. — In der Diskussion erklärte sich Kollege Plakmeier im Namen der Tabakarbeiter als strikter Gegner jeder weiteren Belastung des Tabaks überhaupt, gleichviel in welcher Form. Die Arbeiter müßten, daß alle Beschwerten, die aus Zöllen oder indirekten Steuern kämen, die Arbeiter am schwersten trafen. Redner kritisiert dann im einzelnen das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu der Finanzvorlage. Wenn dieselben ihre beim letzten Wahlkampf gemachten Versprechungen halten wollten, müßten sie der Regierung dieselbe vor die Füße werfen. Unglaublich sei das Verhalten des Tabakvereins, welcher der Regierung den Gewichtszoll empfehle. Gleichwohl, ob Wert- oder Gewichtsteuer, der Tabakarbeiter werde in gleicher Weise zu leiden haben. Bei den geringen Löhnen, welche den Tabakarbeitern gezahlt würden, habe man die 40 Millionen, welche man der Regierung geboten, lieber an Arbeitslöhnen auslegen sollen. Ebenso entschieden weihen sich im Laufe der Debatte die Kollegen Kiefewetter, Schröder und Blanke gegen den Deutschen Tabakverein, welcher aus rein egoistischen Gründen Verrat an der Sache verübt habe. Die Großfabrikanten hätten die Absicht, die Kleinfabrikation zu verdrängen, um ihren Machtbereich zu vergrößern. Das ganze Protektieren sei zwecklos gewesen, nachdem der Tabakverein die Gewichtssteuer empfohlen. Nachdrücklich wurde nochmals gegen jede weitere Belastung des Tabaks protestiert und auf Antrag Kiefewetter folgende Erklärung einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestiert nach wie vor gegen jede weitere Belastung des Tabaks, da derselbe überhaupt keine weitere Belastung ertragen kann, ohne daß der Industrie großer Schaden zugefügt wird.“ — Nachdem noch die Fabrikanten Krockmann und Wessel den Versuch gemacht, das Verhalten des Tabakvereins zu entschuldigen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß der Reichstag noch in letzter Stunde die Gefahr von der Tabakindustrie abwenden möge.

Potsdam. Am 12. Juni, abends 9 1/4 Uhr, fand im Restaurant der Witwe Glaser eine Extra-Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz; 2. Erhöhung der Beiträge zur Lokalkasse; 3. Verschiedenes. Nachdem Kollege Laubig die Wichtigkeit der Versammlung erklärt hatte, ergriff zunächst Kollege Rosenthal-Berlin das Wort. Er führte der Versammlung klar vor Augen, zu welchem Zweck die Gaukonferenz einberufen ist. Er schilderte die Vorteile, die uns der Tarifvertrag einbringe, der die Tabakarbeiter vor Lohnreduzierungen schützen würde. Denn die Fabrikanten würden alles versuchen (wenn die Tabaksteuer kommen sollte), die Löhne ihrer Arbeiter zu kürzen. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Kollegen dafür aus, daß der Abschluß eines Tarifvertrags mit den Fabrikanten nur begrüßt werden könne. Kollege W. Kiesel wurde dann als Delegierter einstimmig gewählt. Zu Punkt 2 führte der 1. Bevollmächtigte, Koll. Laubig, den schlechten Bestand der Lokalkasse an. Da die Ausgaben schon jetzt gegenüber den Einnahmen bedeutend steigen und die Ansprüche sich in nächster Zeit noch vermehren werden. Kollege Laubig stellt deshalb den Antrag, einen monatlichen Beitrag von 10 Pf. zur Lokalkasse zu entrichten. Der Antrag wurde von der Versammlung anerkannt und einstimmig angenommen. Im Verschiedenen sprach Kollege Rosenthal-Berlin über die Verhandlungen mit der Firma Paul Hennua-Caputh. Die Differenzen sind daselbst beigelegt, doch sollen die Kollegen auf diese Firma ein wachsames Auge haben. Gegen 1/2 Uhr wurde die schwach besuchte Versammlung geschlossen.

Den Potsdamer Kollegen wäre zu raten, die Mitgliederversammlungen besser zu besuchen als bisher, denn die Verhältnisse in Potsdam sind nicht die rosigsten. Also auf, Kollegen, erscheint alle Mann für Mann in der nächsten Versammlung!

Würzburg. Kollegen und Kolleginnen! Wie ihr aus dem Versammlungsanzeiger erfahrt, findet am Sonnabend, den 10. Juli, unsere Mitgliederversammlung statt. Niemand darf darin fehlen, denn es sollen dort sehr wichtige Fragen behandelt werden. Man könnte wohl einmal verlangen, daß alle erscheinen, denn der Versammlungsbesuch hier am Orte läßt sehr viel zu wünschen übrig. Aber man glaubt es nicht nötig zu haben, in die Versammlungen zu gehen, man fühlt sich flug genug und denkt über das nicht nach, was uns die Zukunft bringt. Die Arbeit für den Verband überläßt man den andern. Jeder denkt: ich werde schon noch soviel verdienen, damit ich auskommen kann. Wir können es aber nicht unterlassen, an dieser Stelle die organisierten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen aufzufordern, daß, wenn die Leitung der Zahlstelle den Ruf an sie ergehen läßt, in die Versammlung zu kommen, sie es dann auch als ihre Pflicht betrachten, zu erscheinen. Oder leben die Kollegen hier am Orte im Paradies? Wir glauben es nicht, sondern sind der Meinung,

daß es auch hier am Orte an der Zeit ist, endlich einmal danach zu streben, ihre Lage etwas zu verbessern. Darum, Kollegen, legt eure Gleichmut, eure Faulheit ab und helfst denen, welchen ihr euer Vertrauen geschenkt habt, damit eine bessere Zeit für uns bald kommt. Beherzigt die Worte: Vereinten Kräften stets gelingt, was einer nicht zugeht bringt.

### An die Zahlstellen des 6. Gaues.

Am Sonntag, den 11. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, findet in Köln, Volkshaus, Severinsstraße 197, Zimmer 3, eine Konferenz sämtlicher Zahlstellen statt, mit folgender Tagesordnung:

1. Tarifverträge und Minimallohn im Gau.
2. Der Arbeitsnachweis.
3. Agitation und Anträge der Zahlstellen.

Zahlstellen bis zu 100 Mitgliedern entsenden 1 Delegierten, solche über 100 deren 2. Jeder Delegierte muß sich von seiner Zahlstelle ein Mandat ausstellen lassen. Die Resultate der Delegiertenwahlen, sowie Anträge zur Konferenz, müssen bis zum 8. Juli an den Unterzeichneten eingelangt sein. Bis dahin mögen auch die Abrechnungen vom 2. Quartal und sämtliche Sammelkassen nebst Geldern eingelangt werden. Mögen jetzt schon die Mitglieder dafür Sorge tragen, daß sie mit ihren Beiträgen nicht im Rückstande sind.

Mit kollegialem Gruß  
Ludwig Klein, Gauleiter, Köln, Heinrichstr. 10, II.

### An die Zahlstellen des 8. Gaues.

Am Sonntag, den 25. Juli, vormittags 10 Uhr, findet in Heidelberg, Gewerkschaftshaus (Goldener Römer), Hauptstraße 41, eine Konferenz sämtlicher Zahlstellen statt mit folgender Tagesordnung:

1. Minimallohn und Tarifverträge. Referent: Hugo Eberle-Bremen.
2. Arbeitsnachweis.
3. Bericht der Gauleitung sowie der Delegierten.

Zahlstellen bis zu 100 Mitglieder wählen einen Delegierten, solche mit über 100 Mitgliedern wählen zwei Delegierte. Die Namen der Delegierten sowie Anträge aus den Zahlstellen müssen bis spätestens den 20. Juli beim Unterzeichneten eingelaufen sein. Mit kollegialem Gruß der Themen zum mindesten für mein Gefühl da und dort die Johannes Krohn, Gauleiter.

### An die Zahlstellen des 10. Gaues.

Sonntag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr, findet in Zeitz im Lokale des Herrn Kämpfer, Schützenstraße, eine Konferenz sämtlicher Zahlstellen des 10. Gaues statt.

- Tagesordnung:
1. Tarifverträge und Minimallohn im Gau. Referent: Kollege Tiedermann-Bremen.
  2. Arbeitsnachweis im Gau.
  3. Bericht des Gauleiters und Diskussion über denselben.
  4. Anträge der Zahlstellen und Sonstiges.

Zahlstellen bis 100 Mitglieder wählen einen, über 100 Mitglieder zwei Delegierte. Jeder Delegierte muß sich von seiner Zahlstelle ein Mandat ausstellen lassen. Es ist Pflicht einer jeden Zahlstelle, daß sie vertreten ist. Mit kollegialem Gruß  
Dom. Wiesen, Gauleiter.

Die Delegierten mit den Zügen aus der Richtung von Altenburg müssen 9,20 Uhr, aus der Richtung von Weichenfels 9,38 Uhr und aus der Richtung von Gera 9,03 Uhr in Zeitz ein treffen. Vor Beginn der Konferenz ist ein kleiner Spaziergang durch die Stadt geplant. Sollten jedoch Delegierte wider Erwarten über Gumburg oder die Leipziger Strecke kommen, so treffen erstere um 1/2 Uhr, letztere 9,34 Uhr hier ein. Alle werden an der Bahn erwartet, da sich die hiesigen Kollegen bereit erklärt haben, die Angekommenen zu führen. Wir bitten dieses zu beachten. Die Ortsverwaltung.

### Briefkasten.

Schmidt-Caputh. Im Berichte fehlte das Datum der abzuhaltenden Versammlung! Die Erwähnung mußte daher wegfallen.  
S. Bremen. Das Manuskript ist nicht mehr vorhanden. Wenn ich nicht irre, war es ungestempelt.

## Vereinstell.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II.

### Bekanntmachungen.

Nach § 15 wurden ausgeschlossen:  
Der Zigarrenmacher **Gotthard Ramscheid**, zurzeit in Wessel; die Zigarrenmacher **Hermann Schwitz**, Ernst Haase und **Bruno Gäbler** als Arbeitswillige zurzeit in Bretzgn.

Ohne Abmeldung abgereist sind:  
Von Hess-Olbendorf der Zigarrenmacher **Otto Schilling**, Buch Ser. I, 73980.  
Von Kellingn das Mitglied **Artur Kallweit**, Buch Ser. I, 72407, ausg. am 1. 1. 08. K. muß 1 M. Strafe zahlen.  
Von Scharmbeck die Mitglieder **J. Gittermann**, Buch Ser. I, 48425, und **Frau Gittermann**, Buch Ser. I, 50532, beide aus Braunschweig. Beide haben je 1 M. Strafe zu zahlen.

Der Zigarrenarbeiter **Paul Rubin** aus Ratibor wird ersucht, seine Adresse dem Vorstand mitzuteilen. Die Bevollmächtigten, denen der Aufenthalt des Kollegen Rubin bekannt ist, werden gleichfalls ersucht, die Adresse einzusenden. Dem Kollegen Rubin ist die Wanderkarte gestohlen, aber wieder aufgegriffen worden.

Den Aufenthalt anzugeben wird ersucht:  
Von dem Zigarrenarbeiter **Wilhelm Brandt** aus Bünde i. W. Bremen. Der Vorstand.

### An die Zahlstellen im Gau I.

Von mehreren Orten geht mir die Anfrage zu, ob die Delegationskosten zur Gaukonferenz von den einzelnen Orten zu tragen sind.

Selbstverständlich werden die Kosten der Gaukonferenzen aus der **Verbandskasse** bestritten.  
Rud. H a d e l b e r g, Gauleiter.

Vom 22. bis 28. Juni 1909 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
21. Juni.	26. Juni.
Priebus . . . . . 30.—	Spandau . . . . . 50.—
22. Spremberg . . . . . 150.—	26. Calbe . . . . . 65.—
22. Troisdorf . . . . . 600.—	26. Ladenburg . . . . . 100.—
22. Zunsweier . . . . . 60.—	26. Kellinghufen . . . . . 100.—
23. Burg b. Magdeburg . . . . . 60.—	27. Wittenberge . . . . . 25.—
24. Egm . . . . . 200.—	27. Brake i. Lippe . . . . . 100.—
25. Hamburg . . . . . 800.—	27. Derlinghausen i. Lippe . . . . . 100.—
25. Eigerweier . . . . . 50.—	27. Liegnitz . . . . . 130.—
25. Seefen . . . . . 180.—	27. Ahm . . . . . 250.—
26. Gardelegen . . . . . 30.—	

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 28. Juni 1909.

R. Nieder-Welland, Kassierer,  
Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

### Adressen-Änderungen:

Für Meissen: Der 2. Bev. Alban Köppler wohnt jetzt Fischergasse b. Meissen Nr. 26g.

### Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Bernburg: Vom 3. Juli ab an durchreisende Mitglieder im Verkehrslokal Gewerkschaftshaus, Schulstraße, zu jeder Tageszeit. Für die am Orte sich befindenden arbeitslosen und kranken Mitglieder nur Sonnabends von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachm. durch Gottl. Hage, Stifftsstr. 94b.

In Meissen: Durch den 1. Bev. Gust. Thieme, Großenhainer Straße 11. An Wochentagen von 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—12 Uhr vormittags.

### Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Meissen: Durch den 2. Bev. Alban Köppler, Fischergasse bei Meissen 26g.

### Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht eure Versammlungen zahlreich!)

In Darmbed: Montag, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Edelmann, Bartholomäusstr. 1. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Kartellbericht. 3. Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz. 4. Auflösung der Zahlstelle und Konzentration der Hamburger Arbeitsnachweise. 5. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Brake (Rippe): Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Rechnungsablage. 2. Berichterstattung von der Gaukonferenz. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Bielefeld: Sonnabend, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Hannemann, Weberstraße. Tagesordnung: 1. Bericht von der Gaukonferenz. 2. Unsere Tarifbewegung. 3. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Dessau: Sonnabend, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Herbolds Restaurant, Amalienstr. 117. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Tarifverträge. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen. NB. Die auswärtigen Mitglieder wollen die Beiträge bis zum 3. Juli einsenden. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Langenbielau: Sonnabend, den 10. Juli, abends 8 Uhr, in H. Tilgs Restaurant. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1909. 2. Berichterstattung von der Gaukonferenz. 3. Kartellbericht. 4. Bericht von der Hausagitation. 5. Verschiedenes. Berichterstatte in allen drei Punkten: Kollege P. Hahn. Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es unbedingte Pflicht jedes Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Auch Nichtmitglieder willkommen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Lemgo: Sonnabend, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Hofmann (Pippich, Hof), Mittelstraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1909. 2. Bericht von der Gaukonferenz in Blotho. (Tarifanträge und Minimallohne). 3. Verschiedenes. Bevollmächtigte und Kontrolleure haben um 7 1/2 Uhr zu erscheinen. Die Mitglieder werden gebeten, vollständig zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Neddareiz: Sonnabend, den 10. Juli, abends 8 Uhr, in Hochhausen im Lokal „Krone“. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. NB. Die auswärtigen Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, bis dahin ihre Beiträge zu begleichen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Rehme: Sonnabend, den 10. Juli, abends 9 Uhr, bei Th. Köhler. Tagesordnung: 1. Bericht von der Gaukonferenz. 2. Verschiedenes. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Würzburg: Sonnabend, den 10. Juli, abends 6 Uhr, im Lokale Schneiders Keller. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Potsdam: Sonntag, den 11. Juli, vormittags 9 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Wahl eines 3. Bevollmächtigten. 3. Bericht von der Gaukonferenz. 4. Verschiedenes. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht. Restanten mögen ihre Beiträge begleichen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Süblengern: Sonntag, den 11. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal. Gauleiter Schlüter wird anwesend sein. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Den Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes wird hiermit die Weisung des Hauptvorstandes und der hiesige Versammlungsbeschluss in Erinnerung gebracht, daß arbeitstunende Kollegen sich an den hiesigen Arbeitsnachweis zu wenden haben. Derselbe befindet sich bei dem 1. Bev. Karl de Wit, Nordstraße 58.

Die nach hier zahlenden Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge bis zum 11. Juli einzusenden, da mit diesem Tage die Aufstellung der Abrechnung erfolgt. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Den Kollegen zur Nachricht, daß Umgehungen und Nachfragen nach Arbeit in den Fabriken verboten ist. Etwa vorhandene Arbeit wird nur vom 1. Bev. Fritz Güntheroth, Große Fischerstraße, nachgewiesen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß Umgehungen und Nachfragen nach Arbeit in den Fabriken verboten ist. Etwa vorhandene Arbeit wird nur vom 1. Bev. Fritz Güntheroth, Große Fischerstraße, nachgewiesen.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Altenhof, Mozartstraße 5, I.  
Ausfluß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22.  
Schiedsgericht: L. Dehann, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Wittenberg 50.—, Potsdam 60.—, Ml. Sterbekasse: Ottenfen 140.—, Ml.  
Zuschüsse: Dsnabrück 50.—, Baugen 100.—, Heibingsfeld 50.—, Ottenfen 140.—, Ml.  
Krankengeld: 96,50 Ml.  
Hamburg, den 28. Juni 1909. P. Otto.

Zu der am 26. Juli stattfindenden  
**Generalversammlung**

sind folgende Abgeordnete gewählt: Abt. 1: W. Sander-Hamburg, Abt. 2: P. Thomas-Altona, Abt. 3: P. Jensen-Ottenfen, Abt. 5: E. Heinrich-Berden, Abt. 7: G. Meinschagen-Süblengern, Abt. 8: L. Franz-Gr.-Steinheim, Abt. 9: A. Eremmel-A.-Steinheim, Abt. 10: M. Leifer-Hodenheim, Abt. 11: C. Schmidt-Meulshausen, Abt. 12: Gg. A. Heiles-Kirrlach, Abt. 13: H. Obert-Mannheim, Abt. 14: St. Schwind-Stuttgart, Abt. 15: P. Riebig-Dresden, Abt. 16: P. Krause-Altenburg, Abt. 17: P. Trost-Görlitz, Abt. 18: H. Grobert-Breslau, Abt. 19: D. Sidow-Brandenburg, Abt. 20: P. Scheller-Berlin.  
Stichwahlen haben stattgefunden in Abt. 4 zwischen A. Aeschbach-Bremen und H. Siedmann-Hastede, in Abt. 6 zwischen E. Sparböse-Braunschweig und G. Große-Nordhausen.  
**Die Wahlprüfungskommission.**







## Niedriger hängen.

Die Deutsche Tabakarbeiter-Zeitung, das Organ des christlichen Tabakarbeitersverbandes, bringt in Nr. 25 vom 25. Juni d. J. folgende Notiz: Tabakarbeiter für eine höhere Tabaksteuer? Die Süddeutsche Tabakzeitung berichtet: Der Verein Düsseldorfer Zigarrenhändler hat zur Abwehr des Beschlusses der Finanzkommission eine Protestversammlung einberufen, die von Zigarrenhändlern, Zigarrenarbeitern und auswärtigen Zigarrenfabrikanten zahlreich besucht war. Gegen die Form der geplanten Besteuerung sprach sich die Versammlung in einer Resolution aus, die einstimmig angenommen wurde und dem Reichstage zugefandt wird. Die Resolution wendet sich gegen den Wertzuschlag sowie die Vandalensteuer. Dann wird gesagt: „Mit einer schärferen Besteuerung des Tabakkonsums trotz aller schwerwiegenden Bedenken unvermeidlich, so kann dieselbe nur in mäßigen Grenzen und in der Form des bestehenden Steuersystems bezw. dessen Ausbau erfolgen.“

Somit die Süddeutsche Tabakzeitung. Nun legt der „Christliche“ Bruder den Finger an die Nase und spinnert wie folgt: Wenn diese Versammlung von Zigarrenarbeitern zahlreich besucht war, dann wirkt das auf die Düsseldorfer Kollegen ein eigentümliches Licht. Eine Aufklärung wäre da jedenfalls erwünscht. — Vor allem hat der sozialdemokratische Tabakarbeiterverband ein Interesse daran, der Sache nachzugehen. Sollten Mitglieder dieses Verbandes unter den „Zahlreichen“ gewesen sein, dann wäre das noch eigentümlicher.

So das „Christliche Organ“. Der freundliche Leser wird schon die Bezeichnung für diese Art Schreibweise gefunden haben: echt „Christlich“.

Man merke nur auf: „Der Tabakarbeiterverband hat vor allem ein Interesse daran, der Sache nachzugehen.“ Ach, wie besorgt doch diese christliche Zeitung ist. Wie besorgt, daß uns um Gotteswillen keine üble Nachrede angehängt werden könne — eine üble Nachrede, natürlich völlig unbeweisbar, die sie, die „Christen“, aber ja dann so schön gegen uns ausschalten könnten! Wirklich zu besorgt — aber auch zu niederträchtig und — Psui! — zu unchristlich. Ei freilich, daß wäre ein geundenes Fressen für die „Christen“, wenn sie reden und schreiben könnten: Die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeitersverbandes haben sich für höhere Tabaksteuer erklärt. Aber wie schade für diese Sorte „Christen“, daß es ihnen nicht gelingt, auch nicht gelingt, die Mithilfe aller sich „Christlich“ nennenden Reichstagsabgeordneten bei der drohenden Mehrbelastung des Tabaks damit zu verdecken.

Die „Christen“ wissen so gut wie wir, daß in Düsseldorf nur ganz wenig Tabakindustrie vorhanden ist. Es kann deshalb dort auch nur wenige Tabakarbeiter geben, und haben wir deshalb auch dort nur wenig Mitglieder. Die Versammlung war, wie aus dem Bericht der Süddeutschen Tabakzeitung ja hervorgeht, von den Händlern einberufen. Ob in dieser Versammlung einige Tabakarbeiter vorhanden waren, können wir nicht kontrollieren; jedenfalls werden die Kollegen in Düsseldorf darüber berichten können. Jedenfalls steht aber schon fest, daß ein paar Arbeiter in dieser Versammlung gar keinen Einfluß hatten.

Vielleicht, so könnte man ja nun fragen, waren auch „Christen“ in der Versammlung anwesend? Jedoch ist dies ja nicht unsere Sache, die Religion der Versammlungssteilnehmer zu erforschen. Das müssen wir schon der „Christlichen Zeitung“ überlassen. Aber wie heißt doch ein Sprichwort: „Man sucht keinen hinter der Tür“ usw. Und das „eigentümliche Licht“ steht auf Seiten der „Christen“. Weshalb, so fragen wir, schweigt sich das „Christliche Organ“ jetzt völlig aus über die Stellung der Zentrumspartei und anderer „Christlicher Parteien“ in der Tabaksteuerfrage? Weil, nun weil die schönen Reden und Versprechungen der „Christlichen“ Abgeordneten, die man so oft im „Christlichen Tabakarbeiter“ lesen konnte, längst verklungen sind und das Zentrum und andre „Christliche Parteien“ in der Tabaksteuerfrage umgefallen sind. Die „Christlichen“ Abgeordneten stimmen und haben bereits für eine neue Belastung des Tabaks gestimmt. Die „Christlichen“ Abgeordneten bringen eine neue Tabaksteuer und damit Elend und Not für die Tabakarbeiter.

Um aber den Entrüstungsturm der christlichen Arbeiter aufzuhalten und ihnen die Augen zu verkleistern, damit sie nicht erkennen sollen, wo der Feind steht, der ihnen das Fell über die Ohren zieht, deshalb, nur deshalb braucht man ein Mittel. Es ist die bei den „Christen“ allseitsgebrachte Verdächtigung und Verleumdung. Ob diese Verdächtigung nun mit einer verlangten „Aufklärung“ bekleidet ist, oder ob man den Finger an die christliche Nase legt und von einem „eigentümlichen Licht“ redet, Niedertracht und Demagogie bleibt es doch. Die „Christliche Tabakarbeiterzeitung“ beschäftigt sich seit Anbeginn ihres Daseins, entsprechend den Traditionen der „christlichen Gewerkschaften“, in der Hauptsache nur mit Verleumdung der freien Gewerkschaften und der modernen Arbeiterbewegung. Wir können ihr auch dies „Bergütigen“ von Bergen gern. Sietemalen die „Christen“ damit für das Wohlergehen der Berufsangehörigen ja bisher „große Fortschritte“ (?) gezeitigt haben. Wenn sollten die „Christlichen“ Zeitungen auch leben, wenn nicht tausendmal wiederholten Verdrehungen und Schimpfereien ihre Spalten füllten. In besonderen Fällen aber gilt es auch für uns, im Interesse der Kollegenchaft, den „Christen“ einmal auf die schmutzigen Finger zu klopfen und eine Verdächtigung niedriger zu hängen, was hiermit geschieht. Von Zeit zu Zeit muß die schwarze Kutte einmal gelüftet werden, um den Fuchs zu zeigen, der darunter verborgen ist.

Hierzu schreibt man uns noch von anderer Seite: Wir wollen das trumbe Blättchen über die „eigentümliche“ Angelegenheit auflösen. Im November vorigen Jahres hielt der Verein Düsseldorfer Zigarrenhändler eine Protestversammlung gegen die geplante Mehrbelastung des Tabaks ab. Dieselbe war von Händlern, Fabrikanten und Arbeitern gut besucht. Auch unsere Verbandskollegen waren fast vollständig erschienen. Nach Erledigung des Referats wies einer unserer Kollegen darauf hin, daß man verärgert habe, den Vertreter des hiesigen Wahlkreises, den Zentrumsabgeordneten Kirsch, zu der Versammlung einzuladen. Wenn man nicht auf die Abgeordneten einwirke und sie nicht veranlasse, öffentlich zur Tabaksteuerfrage Stellung zu nehmen, so sei ein Protest wirkungslos. Man möge eine zweite Versammlung einberufen und Herrn Kirsch dazu einladen. Diese Ausführungen, die vielfach aus der Mitte der Versammlung Zustimmung fanden, fertigte der Referent dadurch ab, daß er versicherte, der Vorstand des Vereins Düsseldorfer Zigarrenhändler sei in jeter Fühlung mit Herrn Kirsch und halte ihn stets auf dem Laufenden. Ob noch eine Versammlung stattfindet, darüber entscheide der Vorstand.

Weil wir nun wegen unserer geringen Zahl nicht in der Lage waren, die Protestbewegung in vernünftige Bahnen zu lenken, so sah die örtliche Verwaltung des Verbandes davon ab, den Mitgliedern den Besuch der im Anfang des Monats stattgefundenen Versammlung des Zigarrenhändlervereins zu empfehlen. Es wohnten ihr nur zwei Kollegen zur Berichterstattung bei. Außer diesen waren noch einige nicht mehr im Beruf tätige Kollegen anwesend, welche aber dem Verbande nicht angehören. Vor Anfang der Versammlung wiesen die zwei Kollegen nochmals einem Mitgliede des Zigarrenhändlervereins gegenüber darauf hin, daß es unbedingt nötig sei, den Reichstagsabgeord-

neten zu einer solchen Versammlung einzuladen. So erzählte der Herr den staunenden Kollegen, daß man diesmal fünf Mitglieder des Reichstages eingeladen habe, welche sämtlich in Düsseldorf ihren Wohnsitz hätten. Um die Namen der Abgeordneten gebeten, nannte er folgende Herren: Am Jahnhoff (Zentr.), Schiffer (Zentr.), Frizen (Zentr.), Kirsch (Zentr.) und den liberalen Abgeordneten H. Pothhoff. Ganz sicher erwartete man nun, daß mindestens der Vertreter Düsseldorf im Reichstage, Herr Kirsch, erscheinen werde. Das Referat war schon erledigt, eine Diskussion fand nicht statt. Die „Resolution“ wurde verlesen und nach einem kurzen Schlußwort des Referenten nahmen die Herren die „Protestresolution“ an. Bis dahin war noch keiner der Reichstagsboten erschienen. Nach einer kurzen Pause schloß der Vorsitzende die Versammlung. Nun erst erschien Herr Kirsch im Saale. Er wurde sofort vom Referenten begrüßt und hatte eine kurze Unterredung mit diesem, worauf er wieder verschwand. Warum, fragen wir, mag wohl Herr Kirsch nicht früher gekommen sein, um seine Ansicht über die Tabaksteuerfrage darzulegen? Wenn man arges denken wollte, könnte man ja zu dem Schluß kommen, daß er auf diese Art und Weise eine öffentliche Stellungnahme zur Tabaksteuerfrage umgangen hat. Wir aber können den Christen versichern: Wenn alle Zentrumsabgeordneten so entschiedene Gegner jeglicher Mehrbelastung des Tabaks wären, wie die Düsseldorfer Verbandskollegen, dann wäre die Frage einer Mehrbelastung des Tabaks längst von der Tagesordnung verschwunden. Auch hätte die Tabaksteuerfrage nicht durch die mit Zentrumshilfe von der Finanzkommission angenommene Besteuerungsvorlage noch eine Verschärfung erfahren. Das mag sich das um die vernünftige Pflichtvergessenheit der Düsseldorfer Kollegenchaft so rührend besorgte „Christliche“ Blättchen nur merken.

## Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Breslau. Der für Breslau aufgestellte Lohntarif, der eine 9 1/2 stündige und Sonnabends eine 8 1/2 stündige Arbeitszeit, sowie einen Minimallohn von 5.50 Mk. (Kollerlohn 5.50 Mk., Wickellohn 3 Mk.) pro Mille vorsieht, wurde bis heute von 28 Firmen mit 73 beschäftigten Arbeitern anerkannt. Der bis jetzt gültige Minimallohn betrug 7.50 Mk. bei ausgerippter und aufgesetzter Decke und entrippter Einlage.

Strehlen (Schlesien). Der Landesminimaltarif wurde von der Firma K a r l M ü l l e r, die 12 Arbeiterinnen beschäftigt, antwortlich anerkannt. Lohnzulagen wurden hierbei gewährt von 50 Pfg. bis 1 Mk. für Koller und 25 Pfg. für Wickelmacher. Die Zuriichterin erhält 9 Mk. pro Woche und damit eine Lohnzulage von 1.40 Mk. zugebilligt.

Lilienthal b. Bremen. In zwei Betrieben, Ernst M i s s e l e und Ernst B r i e h m bestehen Lohnunterschiede. Diese Firmen haben den Tarif nicht anerkannt. Die Firma Heinrich K n o p p hat demgegenüber den Minimallohntarif anerkannt. Der Zugang ist dennoch fernzuhalten. In F a l k e n b e r g bei Lilienthal hat die Firma M e n e r d i r k s den Tarif durchbrochen. Auch dieser Betrieb ist gesperrt.

Brinkum bei Bremen. Die Firma H. K n o p p weigert sich, den für Bremen gültigen Lohntarif anzuerkennen. Die beschäftigten Arbeiter stellen deshalb die Arbeit ein und reisten ab. Bei der Firma D i e d r. L ü d e k e in Brinkum dagegen ist der Tarif anerkannt worden. Vor Zugang wird gewarnt.

Zerbst. Der Abwehrstreik bei der Firma A u g. S i n a s t dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Bischofswerda. Der Streik bei der Firma L a n g e u. S ö h n e dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Brettnig-Großröhrsdorf-Hausmald. Der Streik dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Dresden. Der Streik bei der Firma E. B i e w e g e r dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Bavenden in Hannover (Kreis Hildesheim). Die Kollegen der Firma L ö w e n t h a l stellen eine geringe Lohnforderung, um die überaus traurigen Lohnverhältnisse in Bavenden aufzubessern. Die Firma lehnte jede Lohnzulage ab. Die Kollegen haben deshalb die Arbeit niedergelegt und befinden sich im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Wesel. Es bestehen hier Differenzen infolge von Maßregelung und ist der Zugang fernzuhalten.

Düsseldorf. Da sämtliche größere Fabriken von hier nach Süddeutschland verlegt worden sind, so ist keine Arbeitsgelegenheit hier am Orte. Wir können daher den reisenden Kollegen nur empfehlen, Düsseldorf zu meiden.

## Berichte.

Danzig. Am 17. Juni fand hier Dominikswall 8 eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sich mit folgender Tagesordnung befaßte: 1. Warum sind wir organisiert? 2. Die Gaukonferenz zu Berlin und Wahl eines Delegierten zu derselben. 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt sprach Kollege Peim, welcher sich in zufriedenstellender Weise seiner Aufgabe entledigte. Dann wurde nach kurzer Debatte, an welcher sich Kollegen Sentpaul, sowie die Kollegen Kucharski und Peim beteiligten, letzterer einstimmig zum Delegierten gewählt. Unter Verschiedenes wurden noch einige interne Angelegenheiten des Verbandes besprochen, dann erfolgte Schluß der nur schwach besuchten Versammlung.

Emmerich. Nach dem Artikel über die Firma Klaassen im Tabak-Arbeiter vom 20. Juni d. J. wurden zwei Kollegen ins Kontor gerufen und über die bestehenden Differenzen gefragt. Der Inhaber der Firma erklärte, es wäre ihm nicht bemut, daß in seinem Betriebe Differenzen beständen. Daraufhin machten ihn die Kollegen auf die Mißstände aufmerksam; auch erklärten sie ihm, daß es besser wäre, mit der Fabrikkommission zu verhandeln, dann würde alles besser und schnell erledigt. Der Inhaber gab hierauf die Erklärung ab, daß er die Sache untersuchen und auch fernerhin mit der Kommission verhandeln wolle. Dies wurde den Kollegen mitgeteilt, womit sie sich einverstanden erklärten. Da die frühere Kommission abtrat, wurden drei andre Kollegen gewählt.

Hamburg. Der Streik der Zigarrensortierer, Fertigmacher, Bekleber usw. ist beendet. In einer am Sonntag vormittag in den Blumenfälen, Altona, abgehaltenen, überaus stark besuchten Versammlung der Ausständigen erstattete zunächst Arnhold Bericht über den Stand des Streiks. Redner konstatierte, daß die Solidarität und der Kampfesmut der Beteiligten, Männer wie Frauen, andauernd musterhaft seien, und daß Ersatz für die Ausgeschiedenen den Fabrikanten in irgendwie nennenswerter Weise nicht zu Gebote stehe. Inzwischen sei aber die Sache in ein andres Stadium getreten. Der Vorsitzende des Klubs der Zigarrensortierer von 1885, Fickel, habe, ohne die übrigen Mitglieder des Streikkomitees und die des eignen Vorstands in Kenntnis zu setzen, Verhandlungen mit den Leitern des Vereins der Zigarrenfabrikanten von 1890 als „Privatperson“ angebahnt. Diese hätten sich gegen eine Regelung des Lehrlingswesens, wie die Sortierer sie wünschten, strikte ablehnend verhalten, wohl aber sich verpflichtet, innerhalb vier Jahren keine Mädchen zum Sortieren anzulernen oder gelernte Sortiererinnen einzustellen. Von diesem mageren Ergebnis habe Fickel dann dem Komitee Kenntnis gegeben. Dieses habe ihm natürlich sofort in aller Schärfe bedenkt, daß sein Vorhaben ein großer taktischer Fehler sei und gegen die von ihm selbst mit gebilligter Abmachung verstoße, Verhandlungen nur durch das Streikkomitee zu führen. Fickel habe das auch anerkannt und dann weiter bewirkt, daß auch mit Arnhold als „Privatperson“ eine Unterredung stattfand, die das gleiche Ergebnis hatte. Auf Wunsch habe dann auch ihm Herr Aug. Müller folgende schriftliche Erklärung gegeben:

Im Anschluß an die mit Ihnen gehabte Privatunterredung, wiederhole ich auch Ihnen, daß bei den Mitgliedern des Zigarrenfabrikantenvereins von 1890 die Absicht, Frauen im Sortierergewerbe anzulernen und zu beschäftigen, weder bestanden hat, noch heute besteht.

Vorausgesetzt, daß eine die gesamte hiesige Zigarrenindustrie schwer schädigende Streitfrage zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern dadurch erledigt werden kann, daß die Fabrikanten eine bestimmte diesbezügliche Erklärung geben, so machen wir den hiesigen Sortierern hiermit die Zusage, daß wir uns auf vier Jahre verpflichten, in Hamburg, Altona und Ottenfen keine Mädchen zum Sortieren anzulernen oder gelernte Sortiererinnen einzustellen.

Nach Möglichkeit sollen die alten Arbeiter wieder eingestellt werden.

Wenn man den Ursprung und die Entwicklung der ganzen Streitfrage betrachte, müsse man zugeben, daß in obiger Zusage ein Entgegenkommen gegen die Forderungen der Sortierer liege, mangelnd diese betonen müßten, daß um den Ausschluß der Frau von ihrem Gewerbe sie nicht in den Kampf getreten wären. Das Lehrlingswesen an sich sei nicht geregelt, wenn auch die Möglichkeit des Mißbrauchs erheblich verringert werde. Dagegen nun auch feststehe, daß mehr zu erreichen gemein wäre angeht, der bisherige imponierendere Geschlossenheit der Kampfbereiten, so seien beide Vorkände doch zu der Erwägung gelangt, daß nach der nunmehrigen Entwicklung der Dinge die Einheitlichkeit der Auffassung der Kollegen leide, und zu verderblicher Zersplitterung führen könnte. Und da es Hauptbedingung eines glücklichen Ausgangs sei, die Truppen genau so einig und ungezwungen aus dem Kampfe zu führen, wie sie hineingegangen, so seien beide Vorkände zu dem Entschlusse gekommen, in Rücksicht auf das fernere Wohl der Organisation und die gesamte bedrohte Lage des Gewerbes, den Kollegen und Kolleginnen zu empfehlen, sich mit dem beschiedenen Teilerfolge zu begnügen und den nach wie vor günstigen Streik aufzuheben. In eine Maßregelung dächten nach der Erklärung des Herrn Müller die Fabrikanten nicht; es sei auch soviel Arbeit da, daß schwerlich jemand nicht eingestellt werde.

Fickel gab die Erklärung ab, er habe in niemandes Auftrage, völlig auf eigene Verantwortung, als direkt nicht beteiligter Privatmann, den Schritt unternommen, der freilich taktisch falsch, von dem er aber überzeugt gewesen und noch sei, daß er im Interesse der Kollegenchaft liege. Er glaube nicht, daß ein weiterer Kampf trotz der unzweifelhaft vorzüglichen Haltung der Streikenden mehr Erfolg bringen werde.

Ein legte namens der beiden Vorkände folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die Versammlung erkennt in der Verpflichtung des Zigarrenfabrikantenvereins, auf die Dauer von vier Jahren keine Mädchen zum Sortieren anzulernen oder gelernte Sortiererinnen einzustellen, ein Entgegenkommen gegenüber ihrer Forderung bezüglich Regelung des Lehrlingswesens.“

Grundsätzlich steht die Versammlung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die von der Arbeiterchaft gewünschte Regelung die einzig richtige ist. Die Versammlung beschließt trotzdem die Beendigung des Kampfes, weil sie dies bei der gegenwärtigen bedrohten Lage der Tabak- und Zigarrenindustrie im Interesse der GesamtKollegenchaft in Deutschland für zweckmäßig und notwendig erachtet.

Die Versammlung erwartet, daß alle Berufsangehörigen aus dem geführten Kampfe die Lehre ziehen werden, daß ihre Interessen nur gewahrt werden können durch eine einheitliche geschlossene Zentralorganisation über ganz Deutschland, und daß die Kollegen männlichen und weiblichen Geschlechts, wie bei diesem Kampfe, so auch in Zukunft, organisiert Schulter an Schulter kämpfen werden, um ihre gemeinsamen Interessen zu wahren.

Die Versammlung gibt ihrer Empörung darüber Ausdruck, daß einzelne Kollegen bei diesem mit so anerkennenswerter Einheit und Geschlossenheit geführten Kampfe in Arbeit in den gesperrten Fabriken geblieben sind resp. dieselbe fort aufgenommen haben und beschließt, soweit Mitglieder des Verbandes und des Klubs der Zigarrensortierer von 1885 dabei in Frage kommen, diese aus den genannten Vereinen auszuschließen.“

Redner bemerkte im Gegensatz zu Fickel, daß sehr wohl mehr zu erreichen gewesen wäre, dafür bürgte der Zusammenhalt der Streikenden, der Mangel an Ersatzkräften und die ganze Situation im Gewerbe. Das untaktische Vorgehen Fickels habe sicher der Sache geschadet. Eine „Privatperson“ Fickel oder Arnhold hätten die Fabrikanten nie zu Unterredungen herangezogen; sie hätten in ihnen die verantwortlichen Vertreter großer Arbeitergruppen gesehen. Die Einheitlichkeit sei dadurch zweifellos gestört, es sei fraglich, ob weiterhin überall der Gesamtwille der Kollegen zum Ausdruck gelange. Der Ausschluß des größeren Teils der Menschheit sei ja unzweifelhaft eine Vereinfachung der Lehrlingsfrage und lege der Lehrlingsgücherei gewisse Schranken, aber eine vernünftige Regelung sei es beileibe nicht. Gleichwohl sei es verständlich und weitfichtig gehandelt, wenn die Hamburg-Altonaer Kollegenchaft in voller Willensfreiheit heute den Kampf abbrechen und geschlossen in die Fabriken zurückkehre. Werde die geplante neue Schröpfung des Tabaks Gesetz, dann seien schwere Kämpfe, die viel Munition erforderten, unvermeidlich, und zahlreiche Opfer hereindringender Arbeitslosigkeit zu unterzügen. Wie die gesamte Kollegenchaft Deutschlands hinter den Streikenden gestanden habe, so müßten diese wieder auf die Gesamtheit und ihr zukünftiges Schicksal Rücksicht nehmen. Unter diesem Gesichtspunkte würde ihnen auch das an sich nicht leichte Opfer, sich mit einem halben Erfolge begnügen zu müssen, nicht zu schwer fallen. Vorbedingung künfti-



